

«Es braucht Korrekturen bei der integrativen Schule»

Christoph Eymann Der ehemalige Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz über umstrittene Reformen – und was sich jetzt ändern muss.

Nadja Pastega

Verhaltensauffällige sorgen in Regelklassen für Probleme. In einigen Klassen seien es schlicht zu viele, sagt der ehemalige Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), Christoph Eymann. In seiner Amtszeit sprach er sich für die integrative Schule aus – heute sagt er: Der Punkt ist erreicht, an dem manche Schulen die Integration nicht mehr leisten können.

Herr Eymann, FDP-Präsident Thierry Burkart hält die integrative Schule für «gescheitert». Ihre Meinung?

Ich sass als Liberaler etwa sechs Jahre im Nationalrat in der FDP-Fraktion. Für meine bildungspolitischen Vorstösse bekam ich kaum Unterstützung. Schön, dass die FDP jetzt offenbar die Bildungspolitik entdeckt hat. Die integrative Schule hat unbestreitbar riesige Probleme. Aus zwei Gründen: Erstens gibt es oft zu wenig Ressourcen, um alle Kinder mit besonderem Förderbedarf in den Regelklassen zu betreuen.

Und zweitens?

Es gibt Schulen, in denen viele Verhaltensauffällige sitzen, die den Unterricht massiv stören. Hier stimmt die Zusammensetzung der Klassen nicht. Sie ergibt sich ja zufällig und hängt auch von der Gemeinde oder vom Quartier ab.

Aber das wusste man doch alles schon vor der Einführung der integrativen Schule. Trotzdem haben Sie sich hinter dieses Konzept gestellt.

Ich habe immer gesagt, es muss leistbar sein. Damit meine ich nicht nur das Geld, das man da reinstecken muss, damit es wirklich funktioniert. Sondern vor allem die Lehrerinnen und Lehrer, die das alles stemmen müssen.



«Ich höre von Lehrerinnen, Lehrern und Eltern, dass es Klassen gibt, in denen unhaltbare Zustände herrschen», sagt Christoph Eymann. Foto: Getty Images

Was offenbar häufig nicht der Fall ist. In zwei Kantonen wurden bereits mit Beteiligung aus Lehrerkreisen Initiativen gestartet, um wieder mehr separate Kleinklassen zu schaffen. Das gut gemeinte Konzept, dass kein Schüler, keine Schülerin ausgeschlossen werden soll, funktioniert in der Praxis schlicht nicht.

Es gibt heute mehr verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche, die in der Schulstunde blöd tun. Das ist die grösste Schwierigkeit. Einige Schülerinnen und Schüler kennen das Fernsehprogramm bis morgens um ein Uhr, und in der Schule sind sie dann unkonzentriert. Da muss man

die Eltern stärker in die Pflicht nehmen, statt alles an die Schulen zu delegieren.

Basel hat das versucht. Mit welchem Ergebnis?

Wir haben die «Rechte und Pflichten» der Eltern festgeschrieben, verbunden mit Busen bei schweren Verstössen. Gebracht hat es bis heute nicht sehr viel. Ich höre von Lehrerinnen, Lehrern und Eltern, dass es Klas-

sen gibt, in denen unhaltbare Zustände herrschen. In manchen Schulhäusern ist man aufgrund der Schülerzusammensetzung mit der Integration am Anschlag. **Was muss man also tun?**

Bei der integrativen Schule gibt es Handlungsbedarf. Es braucht jetzt Korrekturen.

An welche denken Sie? Braucht es wieder mehr separate Kleinklassen statt Integration um jeden Preis?

Ja. Die Integration von Kindern oder Jugendlichen mit Behinderungen ist weitgehend unbestritten – das Problem sind die Verhaltensauffälligen. Sie hiessen übrigens früher «Schwererziehbare», dann fand man, dass man das nicht so sagen darf, und nannte sie «verhaltensoriginell»,

«Die Politik muss mehr auf die Lehrkräfte hören.»

jetzt heissen sie «Verhaltensauffällige». Wenn diese Schülerinnen und Schüler den Unterricht massiv stören, muss man sie rasch aus den Klassen nehmen und separat in Kleinklassen unterrichten können – temporär oder permanent.

Aus der Lehrerschaft werden immer wieder Klagen laut über die ständigen Reformen. In Ihre Zeit als Basler Bildungsdirektor und EDK-Präsident fallen die

Einführung von Harmos, die Umsetzung des Lehrplans 21 und die Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts. Was würden Sie rückblickend anders machen?

Nehmen wir die Fremdsprachen, bei denen ja vor allem auch die Lehrmittel stark kritisiert wurden. Unsere Generation konnte bei der Matur den Subjonctif und Voltaire übersetzen. Aber in Delémont am Bahnhofskiosk auf Französisch einen Kaugummi kaufen, da hatten wir Schwierigkeiten. Also hat man damals bei der Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts gesagt: Diese Perfektion in Rechtschreibung und Grammatik wollen wir nicht mehr, wir wollen die Konversation fördern. Wenn nun Studien zeigen, dass das nicht funktioniert hat, muss man auch hier korrigieren.

Soll man Fremdsprachen auf die Sekundarstufe verschieben, damit die Schülerinnen und Schüler zunächst mal die Erstsprache richtig beherrschen lernen?

Da bin ich dagegen. Ich höre aus Schulen, dass es Kinder gibt, die sich freuen, wenn sie nach Hause kommen und sagen können: «Bonjour, je m'appelle Sibylle.»

Aber einige können nach vier Jahren Französisch immer noch nicht viel mehr sagen.

Das wäre dann natürlich nicht gut. Und liegt vielleicht auch an der Lektionenzahl.

Sind die Schulen heute überfrachtet mit Reformen, die schlecht funktionieren und zum Teil nicht seriös erforscht, sondern einfach eingeführt wurden?

Ich bin kein Freund der Reformen um der Reformen willen: Die Schule braucht Ruhe – keine Friedhofsruhe, sondern Ruhe, um wieder normal arbeiten zu können. Die Politik muss mehr auf die Lehrkräfte hören.



Christoph Eymann, ehemaliger Präsident der EDK.

Foto: Keystone